CDU und SPD-Fraktion im Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen
14.12.11

Änderungsantrag:

Der Antragstext wird ersetzt durch eine Resolution des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen

Resolution des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen zur Mietpreisentwicklung

1. Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen tritt für ein Miteinander unterschiedlicher Wohnformen mit differenziertem Mietniveau in der Stadt ein.

   Der Stadtrat respektiert das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, für angemessene Wohnungsmieten in der Stadt Bitterfeld-Wolfen einzutreten. Er fordert daher die kommunalen, genossenschaftlichen und sonstigen Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet auf, mit besonderer Sorgfalt und unternehmerischer sowie sozialer Verantwortung notwendige Mietanpassungen so vorzunehmen, dass Mietpreissteigerungen im Rahmen einer allgemein verträglichen Entwicklung bleiben. Im Weiteren appelliert der Stadtrat an die Unternehmen der Wohnungswirtschaft, im Einzelfall einer besonderen sozialen Härte fallgebundene Lösungen mit den Mietern zu vereinbaren.

2. Da beträchtliche wirtschaftliche Belastungen der Wohnungsunternehmen aus der Abzahlung von Altschulden gegenüber dem Bund resultieren, richtet sich der Appell des Stadtrates an die regionalen Abgeordneten im Bundestag, sich auf dieser Ebene für eine Altschuldenregelung einzusetzen, die langfristig den wirtschaftlichen Bestand der Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern nicht gefährdet und sozial verträgliche Mieten zulässt.

Begründung:
Es liegt nicht in der Zuständigkeit des Stadtrates, direkt in betriebswirtschaftliche Angelegenheiten von kommunalen Unternehmen durch Beschlüsse einzugreifen. Führen derartige Beschlüsse des Stadtrates zu finanzielenn Verlusten, entsteht ein Regressanspruch gegen die Stadt. Für genossenschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen sind ohnehin die einzelnen Genossen (Mieter) mit ihren Anteilen zuständig.

Da der Stadtrat dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Achtung zollt, möchte er die ihm gegebene Möglichkeit nutzen, zu der auf die politische Ebene gehobenen Mietpreiserhöhung auch auf politischer Ebene zu reagieren. Er richtet daher den Appell an Bundestagsabgeordnete aller Parteien, vor allem aber an unseren regionalen Bundestagsabgeordneten, sich dafür einzusetzen, dass für die Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern eine wirtschaftlich verträgliche Altschuldenregelung gefunden wird.
In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass ein wesentlicher Teil der Mietforderung ursächlich auf Entscheidungen des Deutschen Bundestages bzw. der Bundesregierung zurück zu führen ist.

CDU-Fraktion SPD-Fraktion